

A b d r u c k
Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreisausschusses
von Montag, den 13.10.2014,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:00 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Für den in der Zeit von 16:05 Uhr bis 17:00 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Fieger
Herr Dr. Heinz Kaiser
Herr Dr. Heinz Linduschka
Herr Matthias Luxem
Frau Petra Münzel
Herr Günther Oettinger
Herr Jürgen Reinhard
Herr Peter Schmitt
Herr Stefan Schwab
Herr Roland Weber

Stellv. Ausschussmitglied

Herr Bernd Schötterl

Vertretung für Herrn Dr. Hans Jürgen Fahn

Entschuldigt gefehlt haben:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Herr Thomas Köhler

Als Gast hat teilgenommen:

Herr Thomas Zöllner

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Frau Susanne Seidel, UB 1
Herr Gerhard Rüth, UB 2
Herr Steffen Krämer, UB 3
Frau Ilona Hörnig, UB 5
Herr Oliver Feil, Abt. 1
Herr Gerald Rosel, Abt. 3
Herr Manfred Vill, SG 22
Frau Elisabeth Kluin, LAG Main4Eck
Herr Dr. Jürgen Jung, LAG Main4Eck
Frau Kristina Wagner, Schriftführerin

Tagesordnung:

- 1 Sachstandsbericht LAG Main 4Eck Miltenberg e.V.
- 2 Teilnahme am Wettbewerb „Staatlich anerkannte Öko-Modellregion“
- 3 Bericht über die „Allgemeine Wohltätigkeitsstiftung des Landkreises Miltenberg“
- 4 Bericht zum neuen Linienbündel „Regiobus Amorbach“
- 5 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Sachstandsbericht LAG Main 4Eck Miltenberg e.V.

Herr Dr. Jung und Frau Kluin halten den Sachstandsbericht LAG Main4Eck Miltenberg e.V. anhand beiliegender Präsentation.

Landrat Scherf dankt für den Vortrag, der Projekte aus der Region zeigt.

Auf Rückfrage von Kreisrat Reinhard zu den langen Projektlisten, die vor einigen Jahren bereits entstanden seien, antwortet Herr Dr. Jung, damals habe man 36 Leitprojekte gehabt. Viele seien aus diversen Gründen nicht mehr umsetzbar: Es gebe andere Förderbereiche und Zuständigkeiten, die Finanzierung sei nicht gesichert gewesen oder Projektträger haben sich nicht gefunden etc. Von daher habe man einen guten Umsetzungsstand der Leitprojekte vom letzten Mal. Letztendlich werden aber offene Projekte nicht automatisch übernommen. Es seien nun viele neue Ideen dabei. Zum alten Konzept habe man sich dynamisch entwickelt, Ziele haben sich verändert, man schlage eine neue Richtung ein.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Linduschka zum in der Bilanz auftauchenden Gutachten und des dazugehörigen Betrages antwortet Frau Kluin, es handele sich um Kosten des Büros, die begleitend arbeiten, die Workshops organisieren, die gesamte LES erstellen und Informationen suchen. Dort werde die Arbeit im Hintergrund gemacht. Für die LES-Erstellung gebe es vom Amt für Landwirtschaft und Forsten noch einmal 10.000 Euro Förderung, aber erst im nächsten Jahr.

Kreisrat Weber fragt nach der Beteiligung und Unterstützung der Kommunen und der Allianzmanagerin.

Herr Dr. Jung antwortet, die Unterstützung durch die Kommunen sei gut, bei jedem Workshop seien auch Vertreter aus den Kommunen beteiligt gewesen. Auch ein Bürgermeister-Workshop sei durchgeführt worden. Die Gemeinderäte seien immer zum öffentlichen Regionalforum eingeladen gewesen. Dafür verschicke man ungefähr 630 Einladungen. Frau Lena Rosenberger habe man natürlich auch einbezogen. Regelmäßige Treffen mit den beiden ILE-Managerinnen seien geplant. Die enge Zusammenarbeit laufe bisher sehr vorbildlich.

Frau Seidel ergänzt, das von Herrn Dr. Linduschka angesprochene Büro habe schon viele LES begleitet und erfolgreich unterstützt, daher sei es gut angelegtes Geld.

Landrat Scherf weist auf den Termin am 21.10.2014 hin, zu dem die Kreisräte eingeladen seien.

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Teilnahme am Wettbewerb „Staatlich anerkannte Öko-Modellregion“

Frau Kluin erläutert, der Wettbewerb "Staatlich anerkannte Öko-Modellregionen" soll die Produktion heimischer Bio-Lebensmittel und das Bewusstsein für regionale Identität voranbringen. Er ist ein zentraler Bestandteil der Initiative BioRegio 2020 der Bayerischen Staatsregierung.

Interessierte Gemeinden sind aufgerufen, gemeinsam innovative Maßnahmenvorschläge zur Steigerung der Erzeugung und des Absatzes von heimischen Öko-Lebensmitteln zu erarbeiten - angefangen von der Erzeugung und Verarbeitung bis hin zur Vermarktung und Gemeinschaftsverpflegung.

Auch die Information und Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung über die Vorteile des ökologischen Landbaus und seinen Beitrag für eine nachhaltige Regionalentwicklung sollten Bestandteil eines stimmigen Bewerbungskonzepts sein. Entsprechend der Ziele von BioRegion 2020 wird diese Entwicklung als hervorragende Chance für die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Bayern gesehen.

Als „staatlich anerkannte Öko-Modellregion“ erhalten Gemeindeverbände die Chance, zukunftsfähige Ideen und Maßnahmenvorschläge zur Entwicklung des ökologischen Landbaus in ihren Kommunen umzusetzen. In den Öko-Modellregionen werden Ziele und Maßnahmenvorschläge zur Förderung des Ökologischen Landbaus in der Region sowie des Einsatzes heimischer Öko-Lebensmittel hinsichtlich der vier vorgegebenen Bereiche erarbeitet:

- Landwirtschaftliche Erzeugung einschließlich Gartenbau, Imkerei und Teichwirtschaft
- Verarbeitung
- Vermarktung, Gastronomie, Hotellerie, Gemeinschaftsverpflegung
- Information und Bewusstseinsbildung

Die Maßnahmenvorschläge sollen hierbei so konzipiert sein, dass sich Verknüpfungspunkte mit Themen einer nachhaltigen Regionalentwicklung ergeben:

- Kulturlandschaftsentwicklung und Landschaftspflege
- Ressourcenschutz (Boden, Wasser, Arten und Biotope, Klima)
- Energiemanagement
- Innenentwicklung
- Agrarstrukturentwicklung und Flächenmanagement
- Touristische Entwicklung
- Soziale / solidarische / kooperative Landwirtschaft
- Förderung heimischer Eiweißpflanzen

Hierbei ist immer insbesondere auch die Rolle der Gemeinden zu beschreiben.

Voraussetzung für die Teilnahme am Wettbewerb ist die Erarbeitung eines Bewerbungskonzepts. Dieses soll Angaben enthalten zur aktuellen Situation des ökologischen Landbaus und der ökologischen Lebensmittelwirtschaft, zu Stärken und Schwächen sowie Zielen und Maßnahmenvorschlägen der jeweiligen Region.

Bei einer Ernennung zur Ökomodellregion wird das zuständige Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) eine Projektmanagerin/einen Projektmanager für mindestens zwei Jahre bis zu 75 % bezuschussen. 25 % der Kosten sind vom jeweiligen Gemeindeverbund (in diesem Fall der Landkreis Miltenberg) selbst zu tragen.

Förderfähig ist ein Werkvertrag mit einem externen Dienstleister oder eine Personalstelle. Bei einer Personalstelle können ausschließlich Personalkosten gefördert werden. Zudem ist die Personalstelle nur dann förderfähig, wenn die Stelle außerhalb der öffentlichen Verwaltung die Funktion des Projektmanagements wahrnimmt.

Aufgabe der Projektmanagerin/des Projektmanager ist es, die Umsetzung des interkommunalen Bewerbungskonzepts der Öko-Modellregion voranzubringen u.a. durch die Erschließung entsprechender Fördermöglichkeiten zur Realisierung der Maßnahmenvorschläge (z.B. Leader, Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE), Dorferneuerung, VuVRegion) oder durch Netzwerkarbeit.

Es wird empfohlen eine Ganztagesstelle einzurichten bzw. Leistungen im Umfang einer Ganztagesstelle zu vergeben. Mindestvoraussetzung ist die Einrichtung bzw. Vergabe einer halben Stelle.

Kreisrat Reinhard erwähnt, das Thema sei wichtig und sicherlich interessant zu verfolgen. Er meine aber, es gebe so viele verschiedene Organisationen, die sich bereits damit beschäftigen. Er tue sich schwer damit, hier eine Person einzustellen, auch wenn dies zu Anfang gefördert werde, eher müsse man einen Koordinator finden.

Frau Kluin antwortet, es sei richtig, dass es viele Akteure auf diesem Markt gebe, diese wissen allerdings nichts voneinander. Es gehe darum, diese zusammenzubringen.

Frau Seidel ergänzt, die Stelle werde zu 75% gefördert und sei natürlich befristet. Netzwerkarbeit sei wichtig.

Kreisrat Dr. Linduschka stimmt Kreisrat Reinhard zu. Er sei derselben Ansicht und vorsichtig bei der Schaffung einer neuen Stelle, die als Ganztagsstelle empfohlen werde. Seiner Ansicht nach müsse erst einmal geklärt werden, wieviel Interesse und konkreten Bedarf es gebe. In der Beschreibung seien viele schwammige Formulierungen enthalten. Daher werden er und die FDP hier nicht zustimmen, trotz Bezuschussung. Dazu seien noch mehr Informationen und Beratungen notwendig.

Die Formulierung der Ausschreibung sei nichts von uns, erklärt Frau Kluin. Mehr Informationen habe sie auch vom Ministerium nicht erhalten.

Landrat Scherf fügt hinzu, unser Regionalmanager Markus Seibel sei ausgelastet, die Stärkung der regionalen Identität schaffe dieser nicht.

Kreisrat Oettinger merkt an, Zuschüsse bedeuten Ausgaben von Staatsgeldern, also Steuermitteln, selbst wenn man 75% bekomme. Auch da sollte man vorsichtig sein. Zudem sei mit den Kommunen noch nicht gesprochen worden. Langsam werde man auch überhäuft mit Programmen. Er fragt, ob es eine Erhebung für den Landkreis Miltenberg gebe, wer überhaupt dafür in Frage käme unter den Vermarktern und Produzenten. Die Bürgermeister seien hier äußerst skeptisch. Auch der Zeitrahmen sei eng gestrickt. Ihm fehle auch momentan die Vorstellungskraft, was das Ganze geben solle.

Landrat Scherf erklärt, er verstehe die Skepsis, aber die Landwirtschaft habe ein Interesse, dies habe er beim Stammtisch des Bauernverbandes mitgenommen. Man habe in Bayern aber eine relativ klein strukturierte Landwirtschaft und im Landkreis Miltenberg besonders kleine Betriebe.

Kreisrat Schmitt berichtet, in der letzten ILE-Lenkungsgruppe der Odenwald-Allianz habe man sehr intensiv und konstruktiv darüber diskutiert, ob die Odenwald-Allianz einen Allianzmanager-Posten benötige. Er als Allianzsprecher sei der Überzeugung, dass eine sogenannte „Kümmererstelle“ notwendig sei, da auch jede Menge Arbeit auf uns zukomme. Man habe bei einer Gegenstimme beschlossen, dass ein Allianzmanager eingestellt werden solle und zur Ausschreibung gebracht werde. Die Stelle sei laut Herrn Kraus für zunächst drei Jahre befristet im Förderprogramm, sie könne für weitere zwei Jahre verlängert werden. Er fragt, ob dies hier identisch wäre. Weiterhin halte er es aber auch für wichtig, wie Kreisrat Oettinger schon sagte, im Bayerischen Gemeindetag intensiv darüber zu sprechen.

Frau Kluin antwortet, die Stelle sei zunächst auf mind. zwei Jahre befristet. Eventuell könnte es eine Verlängerung geben.

Auf Rückfrage von Kreisrat Fieger zur Rolle der Gemeinden antwortet Frau Kluin, dies müsse man mit den Kommunen besprechen. Sie habe ein Konzept einer bereits anerkannten Öko-Modellregion und da sehe die Beteiligung der Kommunen beispielsweise so aus, dass man die gemeindlichen Liegenschaften energetisch saniert und damit einen Beitrag zum Ressourcenschutz leistet.

Landrat Scherf fügt hinzu, für diese konkrete Frage müsse man sich mit dem Bayerischen Gemeindetag zusammensetzen und über Möglichkeiten der Ausgestaltung sprechen. Den Arbeitsauftrag nehme man gerne auf. Er schläft vor, in den nächsten Wochen diese Arbeit aufzunehmen und mit den Bürgermeistern zu sprechen und erst dann mit einem Beschluss wieder in den Kreisausschuss zu kommen. Man würde also heute keinen Beschluss fassen, dieser sei mit Arbeitsauftrag zurückgestellt.

Kreisrätin Münzel erklärt, aus grüner Sicht wäre eine Öko-Modellregion natürlich schon toll. Wobei klar sei, es gehe hier um Ökologie, nicht um die Region. Daher sei die Frage von Kreisrat Oettinger schon richtig, wie viele Betriebe gebe es eigentlich bei uns. Sie erwarte aber auch, wenn der Landkreis Miltenberg Öko-Modellregion sei, dass sich dann der eine oder andere Betrieb noch auf den Weg mache und umstelle. Trotzdem sei sie froh, dass heute noch kein konkreter Beschluss gefasst werde, da auch für sie noch einiges unklar sei. Es stelle sich heraus, dass die Kommunen die zentrale Bedeutung haben und sich auf den Weg machen. Welche Rolle aber habe der Landkreis?

Es gehe um Ökoprodukte AUS der Region, verdeutlicht Landrat Scherf. Man wolle auch den kleinen Betrieben Unterstützung leisten.

Aus Karlstadt habe sie die Informationen bekommen, erklärt Frau Kluin, dass es 67 produzierende und verarbeitende Betriebe mit Biosiegel im Landkreis gebe. Mit dieser Zahle habe sie persönlich nicht gerechnet, darüber hinaus gebe es auch noch Betriebe, die sich nicht haben zertifizieren lassen, da das natürlich auch teuer ist, sich aber trotzdem diesem Standard unterwerfen und nach biologischem Anbau vorgehen.

In Bezug auf die Rolle von Kommunen habe sie erfahren, die Kommunen können die Entscheidung treffen, aber es dann auch abgeben an die LAG, da alle Mitglied seien, um den Prozess zu leiten und voranzubringen. Der Kreisausschuss heute sei nur das erste Gremium, um die Information weiterzugeben.

Kreisrat Kaiser meint, grundsätzlich sei ja deutlich geworden, dass es sinnvoll sein könne, auch bei der Zahl der Betriebe. Er schlage vor, den Beschluss erst nach dem Arbeitsauftrag zu fassen und heute noch den Weg offenhalten.

Kreisrat Luxem erklärt, der Kreistag brauche auch nicht immer unbedingt Empfehlungsbeschlüsse aus dem Ausschuss. Persönlich für ihn sei nicht die Öko-Modellregion wichtig, sondern die Synergieeffekte, die unter dem Strich herauskommen. Er sei aber auch derselben Meinung wie Kreisrat Oettinger, nicht alles, was vom Ministerium komme, bringe unbedingt auch Heil.

Kreisrat Schötterl ist der Meinung, dass der Bedarf sicherlich vorhanden sei, die Frage sei nur, ob es auch so viele Produzenten gebe, die den Bedarf vor Ort dann auch decken könnten. Auf ist seine Frage, ob eine Bewerbung abhängig von der Schaffung der Stelle sei.

Kreisrat Fieger bemerkt, die totale Euphorie und Begeisterung für dieses Projekt habe er bisher nicht herausgehört. Dies komme sicherlich auch daher, dass der Sachverhalt nicht klar sei und die Profilschärfe fehle. Grundsätzlich sei das Projekt positiv im Hinblick auf unsere Landwirte. Weiterhin fragt er, ob die Liste der 67 Ökobetriebe öffentlich sei.

Landrat Scherf antwortet, ob die Liste öffentlich sei, werde man klären. Er merkt an, vor ca. einem Jahr habe man den Grundsatzbeschluss zur Bildungsregion gefasst. Dabei gebe es keine Förderung und man habe das Problem, dies im Haus mit den personellen Ressourcen einen ähnlich komplexen Prozess zu bewältigen. Bei der Öko-Modellregion werde noch eine $\frac{3}{4}$ -Stelle vom Ministerium gefördert. Diese Gewissenhaftigkeit bei der Umsetzung wünsche er sich nicht nur bei der Frage nach Personalausgaben und Personalstellen, sondern auch bei Beschlüssen wie der Bildungsregion beispielsweise, die enorme Konsequenzen für die

Verwaltung bedeuten. Er schätze die intensive Diskussion, aber man komme mit der Thematik zurück.

Der Kreisausschuss nimmt dies zustimmend zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Bericht über die „Allgemeine Wohltätigkeitsstiftung des Landkreises Miltenberg“

Herr Vill berichtet über die „Allgemeine Wohltätigkeitsstiftung des Landkreises Miltenberg“ anhand beiliegender Präsentation.

Der Kreisausschuss nimmt seinen Bericht zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Bericht zum neuen Linienbündel „Regiobus Amorbach“

Herr Rosel berichtet zum vorliegenden Sachverhalt:

Um räumlich sinnvolle Linienbündel im ÖPNV zu erreichen wurde das Verkehrsangebot im Raum Amorbach zu einem eigenen Linienbündel zusammengefasst und vom Regiobus Miltenberg getrennt. Als Verbesserung wurde eingeführt, dass eine Vielzahl von Fahrten nunmehr nicht nur an Schultagen, sondern an alle Werktagen gefahren werden. Damit wurde das ÖPNV Angebot in der Region deutlich verbessert. Vorausgegangen waren Gespräche unseres Nahverkehrsbeauftragten Herrn Betz mit den Verkehrsunternehmen sowie den anliegenden Städten und Gemeinden. Das Konzept wurde im Kreisausschuss am 22.09.2014 beschlossen und ist in Kraft.

Das Linienbündel „Regiobus Amorbach“ besteht nunmehr aus den Linien:

- 86 Kirchzell – Amorbach – Kleinheubach – Glanzstoffwerke
- 92 Stadtverkehr Amorbach (bisher 89)
- 94 Amorbach – Weilbach – Weckbach – Gönz (bisher 84 bzw. 84.4)
- 95 Amorbach – Kirchzell – Ottorfzell - Watterbach/Breitenbuch (bisher 84 bzw. 84.5)
- 96 Amorbach – Buch – Preunschen – Mörschenhard – Mudau (bisher 84.5)
- 97 Amorbach – Neudorf – Reichartshausen (bisher 84.1)
- 98 Amorbach – Beuchen – Boxbrunn (bisher 84.2)
- 99 Amorbach – Hambrunn – Zittenfelden (bisher 89 bzw. 84.3)

Die neue Linienführung wurde auf die Madonnenlandbahn abgestimmt. Dies war auch notwendig, da im ÖPNV ein Parallelbedienungsverbot gilt, so dass Busse im ÖPNV grundsätzlich nicht die gleiche Strecke wie der SPNV bedienen dürfen. Damit entfielen die direkten Fahrten nach Miltenberg, insbesondere die Anbindung von Miltenberg West (Krankenhaus) über ein Busangebot aus dem Raum Amorbach. Die Linien werden nunmehr über die Madonnenlandbahn realisiert.

Als Nachteil hat es sich nunmehr herausgestellt, dass der Bahnhof Weilbach nicht behindertengerecht ausgebaut ist, wie auch die fehlende direkte Anbindung des Krankenhauses bzw. der Innenstadt von Miltenberg bemängelt wurde. Es gab einige Beschwerden in diese Richtung, verbunden mit der Bitte, wieder eine Busverbindung einzurichten. Derzeit wird ge-

prüft, inwieweit 1 bis 2 Busfahren in Zwischenlagen zur Bahn realisiert werden können. Ggf. können hier Leerfahrten der Busunternehmen als Synergieeffekt genutzt werden. Es ist davon auszugehen, dass hier eine Lösung gefunden wird (ähnlich Südspessart). Vom Grundsatz her soll es aber bei den neuen Linien bleiben, auch um den Erhalt der Madonnenlandbahn zu sichern.

Die grundsätzliche Problematik der fehlenden Barrierefreiheit von Bahnsteigen, die leider noch öfter im Landkreis anzutreffen ist, wird sich Herr Landrat Scherf annehmen. In einem Gespräch zwischen der BEG und Ihm Anfang November wird dies besprochen. Die Aufgabe von Parallelverkehren zum SPNV kann nur umfassend und sinnvoll umgesetzt werden, wenn die Bahnsteige auf aktuellen Standard und damit auch behindertengerecht umgebaut werden. Dies ist auch im Hinblick auf unser seniorenpolitisches Gesamtkonzept wichtig.

Weiter möchte Herr Landrat Scherf in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines weiteren Bahnhalts Miltenberg-West (Krankenhaus) thematisieren. Dieser Halt wäre eine optimale Anbindung des Amorbacher Raums wie auch von Miltenberg selbst an das Krankenhaus.

Im Nachgang zur Umsetzung des neuen Konzepts erreichte uns die Bitte des Karl-Ernst Gymnasiums in Amorbach, den Fahrplan auf die neue Schulendzeit 16:40 abzustimmen. Die Schule hat hier, leider ohne Abstimmung mit uns als ÖPNV Aufgabenträger, die Schulendzeit auf 16:40 geändert. Nach Auskunft der Schule erfolgte die Anpassung wegen der Aussage des Kultusministeriums, dass verkürzte Unterrichtsstunden nicht mehr zulässig sind. Zuvor begann der Unterricht um 8:15 und endete, mit verkürzten Nachmittagsstunden, spätestens um 16:15. Die Erreichbarkeit der Züge nach Miltenberg um 16:27 und nach Walldürn um 16:28 war darauf abgestimmt. Nunmehr ist das Unterrichtende 16:40. Die auf die Bahn angewiesenen ca. 95 Schüler müssen somit bis 17:40 auf den Zug warten.

In einer Besprechung mit der Schule am 26.09.2014 wurden Lösungsmöglichkeiten besprochen. So soll der Schulbeginn auf 8:05 und das Unterrichtsende auf 16:30 vorverlegt werden. Die Madonnenlandbahn soll Richtung Miltenberg auf 16:37 und Richtung Walldürn auf 16:31 verlegt werden (die Schüler dürfen hier ein paar Minuten eher gehen). Dies wird gerade mit der dafür zuständigen BEG, der DB Regio Netz sowie der NVBW abgestimmt, wobei Zustimmung signalisiert wurde. Mit dieser Fahrplanänderung zum 03.11.2014 können alle Schüler zeitnah transportiert werden. Sie erreichen auch ihre weiteren Anschlüsse in der Fläche. Der Busfahrplan wird daneben soweit notwendig angepasst.

Landrat Scherf weist darauf hin, dass der Nahverkehrsbeauftragte natürlich darauf angewiesen sei, in Kenntnis gesetzt zu werden, wenn Schulzeiten geändert werden.

Der Regiobus sei grundsätzlich ein sinnvolles und gutes Projekt, gemeinsam mit den Gemeinden und Unternehmen umgesetzt. Er erinnere auch daran, dass man einstimmig mit dem Energie- und Klimaschutzkonzept beschlossen habe, die ÖPNV-Fahrgastzahlen zu verdoppeln. Man müsse man sich auch darüber Gedanken machen, wie man das erreiche.

Kreisrat Schmitt bedankt sich als Bürgermeister für die kooperative Zusammenarbeit und das Ergebnis. Vor Schuljahresbeginn habe man gemeinsam Fahrpläne abgestimmt. Bedauerlicherweise gab es ein Kommunikationsproblem. Die Lösung finde er gut und wichtig. Die Westfrankenbahn habe auch bereits unwahrscheinlich viel investiert und noch viel auf dem Programm stehen.

Auch Kreisrat Schwab dankt als Bürgermeister für diese vernünftige Lösung. Er weist aber auch darauf hin, dass für ihn momentan die Bahn- und Busverbindung keine Parallellinien sind, solange die Bahnsteige nicht entsprechend ausgebaut seien.

Kreisrat Oettinger freut sich über die einvernehmliche Lösung. Man müsse aber auch die barrierefreien Bushaltestellen im Auge behalten. In einem Ort habe man wesentlich mehr Bushaltestellen als Bahnhalttestellen. Die Frage sei, wie komme man zum Bahnhof. Er halte den Bus für kurze Strecken im Landkreis Miltenberg ohnehin flexibler.

Auf seine Anmerkung zur Förderung erklärt Herr Rosel, hier gebe es momentan zwei Arten, einmal diese für den Neubau von Haltestellen und dann die für bereits bestehende Haltestellen.

Landrat Scherf weist auch darauf hin, dass Bahnsteige Aufgabe des Freistaates Bayern seien.

Der Kreisausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Anfragen

Auf Anfrage von Kreisrat Schötterl zur Sachlage der Asylanten in Mönchberg berichtet Landrat Scherf, man gebe sich viel Mühe mit der Unterbringung der Asylbewerber, er sei auch viel draußen gewesen. Er sei entsetzt darüber gewesen, als er an diesem Morgen um kurz nach 6 Uhr per E-Mail darauf hingewiesen worden sei, dass auf Facebook der Flüchtlingsrat von einem nicht angemeldeten Besuch am Sonntag in Mönchberg Bericht erstatte. Er weist darauf hin, dass es keine E-Mail von ihm gebe, in der er drohe, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Diese sei vom Hausherrn gekommen. Man habe am Freitag zufällig erfahren, dass ein Besuch des Flüchtlingsrates geplant sei. Von Seiten seines Büros habe es lediglich die Bitte gegeben, diesen Termin am Sonntag nicht wahrzunehmen, sondern einen Termin zu vereinbaren, so dass auch jemand von der Verwaltung vor Ort sein könne. In den vergangenen Wochen habe man die Einrichtungen im Landkreis öfter geöffnet, hier habe es bisher minimalste Beanstandungen gegeben. Grundsätzlich sei man um Offenheit und Transparenz bemüht.

Er finde es enttäuschend, dass es mit einer Institution wie dem Flüchtlingsrat, der laut eigener Aussage im Interesse der Flüchtlinge handele, nicht möglich sei, einen Kontakt aufzunehmen. Er habe sämtliche Kritikpunkte nur Facebook entnehmen können. Man habe aber sämtliche Punkte analysiert und werde dem nachgehen.

Auch habe er sich über die Darstellung im Bayerischen Rundfunk geärgert.

Auch Bürgermeister Zöller berichtet kurz von der Situation vor Ort. Auch er könne die Vorwürfe nicht nachvollziehen. Er gehe auch oft unangemeldet hin. Das Thema dort sei immer das Essen. Nicht weil es schlecht wäre, er habe schon selbst mitgegessen, es sei hervorragend. Problem sei, die Leute hätten lieber das Geld, als bekocht zu werden. Natürlich sei auch, dass es immer einmal etwas problematisch werde, wenn so viele Menschen aus verschiedenen Nationen zusammenleben, vor allen Dingen, wenn sie nicht arbeiten dürften.

Kreisrat Reinhard bittet darum, auf der Website des Landkreises Miltenberg alle Abgeordneten aus der Region, unter dem Link <http://www.landkreis-miltenberg.de/Landkreis/Kreistag-Politik/Abgeordnete.aspx> aufzunehmen. Momentan sei die Aufstellung für den regionalen Bereich nicht komplett (insbesondere die CSU fehle).

Landrat Scherf weist darauf hin, dass für jede Fraktion aus dem Landtag oder dem Bundestag entweder der Vertreter aus dem Landkreis oder der mit der Betreuung des Landkreises

beauftragte Abgeordnete aufgenommen werde. Für den Landtag sei dies für alle vier Fraktionen erfüllt, beim Bundestag fehle z.B. noch der Betreuungsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen.

Kreisrat Dr. Linduschka lobt die Vorgehensweise des Landratsamtes. Wichtig sei es, dass es für jede Fraktion eine Ansprechperson gebe.

gez.

Scherf
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin